

FEUILLETON

KOMPAKT

ARCHITEKTUR

Bonn bekommt sein Konzerthaus

Die Stadt Bonn hat nach langem Hin und Her grünes Licht für den Bau eines Beethoven-Festspielhauses gegeben. Der Rat der Stadt sprach sich am Donnerstagabend mit breiter Mehrheit für das Großprojekt aus. Die Pläne lagen rund zwei Jahre auf Eis, und dem Projekt drohte bereits das Aus. Ungeklärt ist immer noch die Finanzierung. Das Konzerthaus am Rheinufer südlich des alten Regierungsviertels soll bis zu 100 Millionen Euro kosten. Als Großsponsor steht die Deutsche Post bereit. Sie steht zu ihrer Zusage, für den Bau 30 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Für die Realisierung des Bauprojekts sollen nun weitere private Investoren gefunden werden. Die Stadt will sich an den Bauinvestitionen nicht mit eigenen Mitteln beteiligen. Eine Initiative der IHK Bonn/Rhein-Sieg für Sponsoren und Bürgerspender ist bereits angelaufen. Ziel ist es laut Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch, die benötigten Mittel bis Mitte 2012 zusammenzutragen. Für den Betrieb hat der Bund bereits 39 Millionen zugesagt.

LITERATUR

Uwe Timm erhält Zuckmayer-Medaille

Der Schriftsteller Uwe Timm erhält die Carl-Zuckmayer-Medaille 2012 des Landes Rheinland-Pfalz. Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) sagte zur Begründung, der 71 Jahre alte Autor habe ein Gesamtwerk vorgelegt, das außergewöhnlich lesenswert und inhaltsreich sei. Timm habe viel zum Verständnis der Nachkriegsgeschichte beigetragen. Timm veröffentlichte zuletzt in diesem Frühjahr die Novelle „Freitisch“.

FÖRDERUNG

Kulturstiftung der Länder unterstützt Museen

Die Kulturstiftung der Länder fördert acht kunst- und kulturhistorische Ausstellungen in deutschen Museen mit rund 700 000 Euro. Zu den vom Stiftungsrat beschlossenen Förderungen gehört die Ausstellung „El Greco und die Moderne“ von Ende April an im Museum Kunstpalast Düsseldorf. Außerdem werden Schauen im Deutschen Architekturmuseum in Frankfurt, in der Staatlichen Kunsthalle Karlsruhe, im Museum Fridericianum in Kassel, im Braunschweigischen Landesmuseum, im Kölner Wallraf-Richartz-Museum, im Berlin Bode-Museum und im Landesmuseums Württemberg in Stuttgart unterstützt.

THEMEN



PICTURE-ALLIANCE

Tischgespräch

Natur des Menschen: Der Psychologe Steven Pinker wählt Lachs

Seite 26



SAFERONART, MUMBAI

Kunstmarkt

Wie in Indien ein van Gogh per Mausclick versteigert wird

Seite 28



Wutbürger? Schildbürger!

Siegeszug einer Ikone: Bei Demos oder in der Werbung scheint ohne Ortsschild gar nichts mehr zu gehen. Eine Spurensuche

■ Es begann einst mit der Anti-AKW-Bewegung, doch der Protest gegen Stuttgart 21 erst machte das Symbol inflationär

MARC REICHWEIN

So was kann auch nur einer Autostadt einfallen: Mit einem Ortsschild aus dem Straßenverkehr gegen ein Bahnprojekt protestieren! Der Protest kommt auf gelbem Grund daher – als das, was man als gemeindeutsche Ortstafel am Ortsausgang kennt. Besondere Kennzeichen: Schwarze Mittelschrift (DIN 1451), durchgestrichen mit einem roten Schrägbalken, der von links unten nach rechts oben verläuft und das Ende der geschlossenen Ortschaft verkündet – in dem Fall durchaus passend für die in der bundesweiten Wahrnehmung von bieder auf keck umgeschaltete Schwabenmetropole, deren Bürgerschaft wohl noch nie so sehr gespalten war wie in der aktuellen Tiefbahnhoffrage.

War es Zufall, dass ausgerechnet dieses Ortsschild zur Ikone des Widerstands gegen S 21 aufstieg? Wenn es sogar vom Art Directors Club in der Sparte Corporate Design ausgezeichnet wurde, wohl kaum. Das Protestlogo gegen Stuttgart 21 fand sich an Laternenmaste geklebt, es tauchte auf Demos im Fernsehen auf. Manchmal auch im ICE, auf den Reisetaschen eleganter Damen, denen man es in ihrer Mischung aus Christine Lagarde und Inge Jens glatt nicht zugetraut hätte.

Die „Ortsausgangsschilder Stuttgarts mit rot durchgestrichenem Stadtnamen wurden zu einer Art Metapher für den Ausstieg“, schreibt der Blogger Achim Schafrinna in seinem Designtagebuch. Doch nicht nur das. Sie wurden auch zu einem semiotischen Generalschlüssel für Bürgerprotest schlechthin. Anders lässt sich der überregionale Erfolg des Anti-S-21-Schildes nicht erklären.

Kaum ein Logo wurde produktiver kopiert, zitiert und parodiert. Von „Kopflös 21“ bis „Bahnsinn 21“, von der Hochmooselbrücke bis „Gorleben 21“ – wobei sich gerade hier auch zeigt, wie sehr sich der Zahlensatz verselbständigt hat. Wies „21“ Anfang der 90er noch in die große Zukunft, steht er heute für Protest, Trillerpfeifen und Projektverhinderungspotenzial. Die Superzahl des Wutbürgers.

„Gorleben 21“ wiederum stellt einen Remix der besonderen Art dar: die Quasifusion von Wutbürgertum und Anti-AKW-Bewegung in der (nicht ganz gleichen) Farbe Gelb. Ernst Volland, der Plakatkünstler und Karikaturist („Eingebrannte Bilder“), hatte 1979 ein Motiv gestaltet, das ebenfalls im Schilddesign eines Ortsendes daherkam. Es trug den rot diagonal durchgestrichenen Schriftzug „Horrorleben“, Unterzeile „Landkreis Psychow-Dannenberg“. Aus heutiger Sicht muss die Satire natürlich als Vorläufer des Anti-S-21-Logos gelten.

Ulrich Stübler, Grafiker im Naturkundemuseum Stuttgart und Erfinder des S-21-Ortsschildes, beteuert, die Volland-Vorlage gar nicht gekannt zu haben. Es sei eher eine intuitive Sache gewesen, als er sein Transparent für eine der ersten

Demonstrationen im September 2007 entworfen hätte. Tatsächlich sprechen Verkehrszeichen eine Universalsprache. Wobei die heute populäre Ortstafelversion von Stuttgart 21 dadurch definiert ist, dass sie symbolisch sagt, was sie nicht will. Aber nicht, wo es hingehen soll. Im Mittelpunkt dieses Ortstafeltyps steht das Neinsagen, der diagonale Rotbalken.

In Stuttgart erzählt man sich auch gern vom abgeschnittenen Cem. Die Grünen sprangen im Bundestagswahlkampf 2009 ikonografisch auf den Stuttgart-21-Zug auf. Die Kampagne für ein Direktmandat von Cem Özdemir bediente sich bei der bekannten Ortsschildlogik. Unten das schrägrot durchgestrichene „Stuttgart 21“. Oben das Ziel, in nur drei Buchstaben: „Cem“. „Ja, da sei wohl einiges parallel gelaufen“, hätten die Grünen ihre werbemäßige Guerillaaktion später gerechtfertigt. Beim Aktionsbündnis nahm man die Layoutanleihe pragmatisch. Nachdem Özdemir als Direktkandidat gescheitert und noch Aufkleberrestware übrig war, schnitt man den überflüssigen Cem einfach ab, und schon hatte man wieder Original-Stuttgart-Aufkleber parat. Insgesamt wurden Letztere übrigens hunderttausendfach nachgefragt.

Im Mittelpunkt steht das Nein, der diagonale Rotbalken

Und seit wann sind Verkehrsschilder eigentlich eine Masche der Werbung geworden? „Ich glaube schon, dass Stuttgart 21 dieses Motiv erst so richtig gepusht, populär gemacht hat“, sagt Matthias Bühne, Symbolfotospezialist aus Frankfurt am Main. Die Bundesregierung hat eines seiner vielen Ortstafelmotive für den Jahreswirtschaftsbericht 2011 verwendet. Es war ein Ortsausgangsschild, in der unteren Hälfte enthält es das diagonal rotbalkig durchgestrichene Wort Krise. Und obendran wartet, auf weißem Grund notiert, der „Aufschwung“. Also: Sie verlassen die Krise und fahren zum Aufschwung.

Semiotisch wirkt dieser zweite Ortstafeltyp pfiffig, weil er die Idee eines Wandels auf den Punkt bringt. Der im Januar noch amtierende Wirtschaftsminister Rainer Brüderle grinste bei der Präsentation so wohlgenut in die Kameras, als sei er das personalisierte, symbolisch optimistische Ortsschild auf dem Titelblatt der Broschüre, das übrigens auch zahlreiche Zeitschriftenanzeigen und Transparente in Bahnhöfen schmückte. Die Bundesregierung, die sich der Sache nach immer für Stuttgart 21 ausgesprochen hat, kuferte ortstafeloptychisch durchaus bei den Gegnern hat.

Die breite Lust am Symbolfoto hat sicher dazu beigetragen, die Nummer mit den Ortsschildern zu dem werden zu lassen, was sie ist – eine Masche, auf die weder Werbung noch Medien verzichten wollen. „Das Örtliche. Ohne Ö fehlt dir was“ – irgendwie scheint die Werbebranche den Dauerslogan fürs gute alte Telefonbuch sehr wörtlich genommen zu haben. Fragt eine Internetbannerwerbung über einem Ortsschild von „Frankfurt a. M.“: „Wo sind eigentlich die Banken mit Service, Verantwortung und Sicherheit geblieben?“ Antwort: „Direkt hinter der Grenze. In Österreich ist der Kunde noch König“, verkündet die zweite Hälfte der Banner-Slideshow, und statt der gelben Ortstafel der deutschen Bankenmetropole blinkt die blütenweiße von „Jungholz (Tirol)“.

Selbst wenn sich ein sogenannter Problemstadtteil wie Duisburg-Maxloh neu erfindet, wählt er als zentrales Symbol seiner Imagekampagne das stilisierte Ortsschild „Made in Maxloh“. Damit kann sich jeder, gleich welcher Herkunft, identifizieren. Die allgegenwärtigen Fundstücke wiederum banalisieren das Prinzip der räumlichen Identitätsstiftung für die eigenen vier Wände, weisen einen „Regierungsbezirk Jonas“ oder ein „Sperrgebiet Jenny“ aus. Der Ortsschildlook ist also kleinster gemeinsamer Nenner topografischer Selbstfindung vom Kopfbahnhof 21 bis zum Hobbykeller und vom Protestplakat bis zur Umhängetasche („Köln“).

Als eine Baumarktkette letztes Jahr einen neuen Claim startete – „Liegt doch nah“ – und den ortstafelbrav visualisierte, da entdeckte das Fachmagazin „Werben & Verkaufen“ so etwas wie den Wutbürger in sich: „Muss die Werbung wirklich so rüberkommen wie von unerfahrenen Heimwerkern dürftig zusammengeschimmert?“, ätzte das Blatt und nörgelte: „ein schon hundertmal gesehenes verfreimdetes Ortsschild“. Unterm Strich Verzweiflung: „Warum können Werber eigentlich kreativ nicht weiter fahren als bis zum nächstgelegenen Ortsschild?“ Gute Frage eigentlich.

KOMMENTAR

MATTHIAS HEINE

Pakistanische Passion

Jesus darf wieder gesimst werden. In Pakistan ist es nun erneut erlaubt, den Namen des Heilands in SMS-Botschaften zu nennen. Das hatte die Telekommunikationsbehörde vorige Woche verboten. „Jesus Christus“ stand auf einer schwarzen Liste von 1700 Begriffen, auf der sich aber auch „Idiot“ und „Fußpilz“ fanden. Die Mobilfunkanbieter des muslimischen Landes waren angewiesen worden, SMS mit derartigen „anstoßigen“ Texten „im Interesse des Ruhmes des Islam“ nicht mehr zu übermitteln. Nun erschließt sich Menschen, die keine pakistanischen Beamten sind, vielleicht nicht gleich, was Fußpilz mit dem Islam zu tun hat. Aber die Ziele, die die Telekommunikationsbehörde mit ihrem „Jesus Christus“-Verbot verfolgte, sind eindeutig: Man wollte die christliche Minderheit des Landes weiter drangsalieren und erst jeden Versuch der Mission (die ja heutzutage auch per SMS vonstattengehen kann) eindämmen. Erst nach einer Intervention des Ministers für religiöse Minderheiten, Akram Gill, bei der Behörde und bei seinen Kabinettskollegen wurde das Verbot aufgehoben. Gill ist selbst Christ – wie 2,4 Millionen weitere Pakistaner, 1,5 Prozent der Bevölkerung. Manch einen, der Pakistan für eine islamische Monokultur hält, mag überraschen, dass es in Karatschi, Faisalabad und Haiderabad Kathedralen im englischen Stil gibt und auch in der Hauptstadt Islamabad Kirchen existieren.

Offen bleibt indes, ob es für die Christen des Landes überhaupt ratsam ist, in SMS oder gar in frei einsehbaren Twitter-Statusmeldungen das Wort „Jesus“ zu verwenden. Denn in den vergangenen Jahren sind sie zunehmend Opfer von Gewalttaten und gesetzlicher Willkür geworden. Die Schleusen des Hasses haben sich vor allem nach dem Tode von Benazir Bhutto weit geöffnet. Der Vorgänger von Minister Gill, Shabazz Bhatti, ist im März von einer Taliban-Gruppe ermordet worden, weil er sich dafür eingesetzt hatte, das berüchtigte Blasphemiegesetz des Landes zu entschärfen. Dieses dient allzu oft als Vorwand zur Verfolgung von Christen. Weltweit Schlagzeilen machte im November 2010 das Todesurteil gegen die Farmarbeiterin Asia Bibi. Die Richter wollten sie wegen angeblicher Lästerung Mohammeds an den Galgen bringen: Sie hatte gewagt, gegenüber muslimischen Kolleginnen zu behaupten, der Prophet habe, im Gegensatz zu Jesus, nichts für die Menschen bewirkt. Zwar ist das Urteil gegen Asia Bibi immer noch nicht vollstreckt, doch die Botschaft an die pakistanischen Christen ist angekommen. Dafür brauchte es keine SMS.

feuilleton@welt.de



ANZEIGE

Unerwünschte Umarmungen

Mord in der Synagoge: Die Münchner „Tatort“-Kommissare Batic und Leitmayr ermitteln unter orthodoxen Juden

ELMAR KREKELER

Am Sonntagabend ist es wieder so weit. Ziemlich genau um viertel vor neun wird im deutschen Fernsehen ein Jude – Kippa auf dem Kopf, Locken an den Schläfen – durch deutsche, durch Münchner Vorstadtstraßen gehetzt. Und das vollkommen zu Recht. Der Mann ist des Mordes verdächtig und hat sich seiner Verhaftung durch Flucht entzogen. Weit kommt er nicht. Es ist Sabbat. Und da darf er – strenggläubig, wie er ist – nur 2000 Ellen weit laufen. Die sind mitten auf einem Spielplatz zu Ende. Da wird er von der ob seiner plötzlichen Erstarrtheit erstauerten Staatsmacht einkassiert und von zwei Jungs mit dem Handy fotografiert. Am anderen Tag steht was von unfassbarer Polizeiwilddie in der Zeitung. Ein Jude – brutal in Gewahrsam genommen. So weit ist es schon wieder.

Jonathan Fränkel heißt der flüchtende Jude. Und er steht im dringenden Verdacht, den Bauunternehmer Rafael Berger die Treppe hinuntergestoßen zu haben. Die Treppe befindet sich im jüdischen Gemeindezentrum am Münchner Jakobsplatz. Die Kommissare Ivo Batic und Franz Leitmayr nehmen zum 60. Mal (ein Rekord für die Ewigkeit) die Arbeit auf. Ein ganz normaler Fall. Als solchen sollen sie ihn behandeln. Sagt der Oberstaatsanwalt. Und der Polizeipräsident. Als solchen versuchen sie ihn auch zu behandeln. Und das ist auch schon das eigentlich Sensationelle an diesem Rekordfall für die Münchner. Die ziehen brav die Kippa über den Hinterkopf. Ansonsten aber ziehen sie vor allem ihren Ermittlungsstil durch, als hätten sie es mit einem Mord in einem erzkatholischen Dorf zu tun. Das ist für das deutsch-jüdische „Tatort“-Verhältnis so neu wie hoffnungsvoll. Juden sind eine Minderheit, in Deutschland, im Fernsehprogramm sowieso, im „Tatort“ aber ganz besonders.

wollt, unpassend. Sie begeht Selbstmord. Der Vater hat ihren rattenfängerischen Rabbi in Verdacht, der Tochterschänder zu sein. Die Tochter wird begraben. Der Vater stirbt beim Treppensturz. Aaron, ein geistig behinderter Junge, irrwitzig autistisch, aber herzerleuchteter herum. Jonathan Fränkel, der andere Kindsvaterverdächtige, flieht durch die Straßen.

Ein im Grunde ziemlich dünner Plot. Und wohl weil man normalerweise in einer Dreiviertelstunde mit ihm durch wäre, wird wahnwitzig viel erklärt. Man glaubt mitunter, einem Volkshochschulkurs in Judaistik oder der Eröffnung eines Themenabends beizuwohnen.

Das aber ist egal. Denn allein für ungefähr fünf Minuten lohnt sich der ver-

Nichts davon hier. Geradezu penibel haben die Autoren Daniel Wolf und Ruchus Hahn einen ganz normalen Fall konstruiert. Auch unter der Kippa gibts Habgier, verfehlte Liebe, Wahnsinn. Eine Frau ist schwanger, unverheiratet, unge-

Der Polizeichef redet so philosemitisch, dass es wieder antisemitisch klingt

meintlich ganz normale Fall. Einmal werden die beiden Kommissare zu ihrem Chef zitiert. Der verlangt Fingerspitzengefühl von ihnen und redet sich regelrecht in philosemitische Rage. Und je länger er redet, desto deutlicher wird, wie schmal der Grad zwischen Philosemitismus und in der Wolle gefärbtem Antisemitismus ist.

Ein andermal macht die Justiziarin der Synagoge dem Ivo und dem Franz in nicht ganz drei Minuten klar, dass sie, also die Juden, nicht besonders, vor allem nicht sonderbehandelt werden wollen und die dauernden Vorwärtsmarmungen und Liebhabungen durch engagierte Politiker und Bürger als andere Form der Entmündigung empfinden. Dann doch lieber von ganz normalen deutschen Fernsehpolizisten durch die Straße gejagt werden, vollkommen zu Recht und weil man blöd war und verdächtig.

„Tatort – Ein ganz normaler Fall“, ARD, Sonntag 20.15